

Stand: 02. Juli 2018

Fragen und Antworten zum **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder vom 22. Juni 2018 (Nds. GVBl. Nr. 7/2018, S. 124 ff) betreffend die Beitragsfreiheit im Kindergarten**

A) Anspruch auf Beitragsfreiheit nach § 21 KiTaG

1. Welche Kinder haben einen Anspruch auf einen beitragsfreien Kindergartenplatz?

Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben, haben ab dem ersten Tag des Monats, in dem sie das dritte Lebensjahr vollenden, bis zu ihrer Einschulung einen Anspruch darauf, eine Tageseinrichtung mit Kräften, für die das Land Leistungen nach den §§ 16, 16 a oder 16 b KiTaG (allgemeine Finanzhilfe) erbringt, beitragsfrei zu besuchen.

Dieser Anspruch gilt unabhängig davon, in welcher Gruppenart (z.B. Krippengruppe, Kindergarten-Gruppe, altersübergreifende Gruppe) das Kind betreut wird. Auch ein Kind, das zum Zeitpunkt des 3. Geburtstages noch in einer Krippengruppe betreut wird, hat somit einen Anspruch auf die beitragsfreie Betreuung in der Krippengruppe.

Ein Anspruch auf Beitragsfreiheit besteht nicht in Tageseinrichtungen, die keine Finanzhilfe nach den §§ 16, 16 a oder 16 b KiTaG erhalten. Den Eltern dieser Kinder ist anheimgestellt, sich mit dem zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe (Jugendamt) in Verbindung zu setzen und ihm gegenüber ihren Anspruch auf einen beitragsfreien Betreuungsplatz in einer finanzhilfefähigen Tageseinrichtung geltend zu machen.

2. Ab welchem Zeitpunkt gilt die Beitragsfreiheit im Kindergarten?

Die vollständige Beitragsfreiheit für Kindergartenkinder gilt ab dem Kindergartenjahr 2018/2019, d.h. ab dem 01.08.2018.

3. Welcher Betreuungsumfang ist beitragsfrei? Werden auch Sonderöffnungszeiten künftig von der Beitragsfreiheit erfasst?

Der Anspruch auf Beitragsfreiheit umfasst die nach dem KiTaG zur Erfüllung des Rechtsanspruchs erforderliche Mindestbetreuungszeit (s. Nr. 11) bis zu einer Betreuungszeit von acht Stunden an fünf Tagen in der Woche. Die Betreuungszeit umfasst auch die sogenannten Randzeiten, d.h. Früh- und Spätdienste.

Bei einer Betreuungszeit von mehr als acht Stunden täglich (inkl. Früh- und Spätdiensten) liegt die Entscheidung bei der einzelnen Kommune bzw. dem einzelnen Träger der Kindertageseinrichtung, ob sie bzw. er die über acht Stunden hinausgehende Betreuungszeit beitragsfrei stellt oder Elternbeiträge dafür erheben möchte.

Beispiel 1: Ein dreijähriges Kind wird in einem Kindergarten im Frühdienst von 07:00 Uhr bis 8:00 Uhr und anschließend in der Zeit von 08:00 Uhr bis 12:00 Uhr weitere vier Stunden in einer Vormittagsgruppe betreut. Die Betreuungszeit liegt insgesamt nicht über acht Stunden und ist insofern beitragsfrei.

Beispiel 2: Ein dreijähriges Kind wird in einem Kindergarten im Frühdienst von 07:00 Uhr bis 8:00 Uhr und anschließend in der Zeit von 08:00 Uhr bis 16:00 Uhr weitere acht Stunden in einer Ganztagsgruppe betreut. Die Betreuungszeit liegt insgesamt über acht Stunden. Der Betreuungsumfang im Umfang von acht Stunden ist beitragsfrei. Für die Inanspruchnahme der darüber hinausgehenden Betreuungszeit steht es dem Träger der Einrichtung frei, Elternbeiträge zu erheben. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Kind tatsächlich jeden Tag die über acht Stunden hinausgehende Betreuung in Anspruch nimmt. Entscheidend ist vielmehr, dass die Erziehungsberechtigten für ihr Kind diesen Betreuungsumfang vertraglich vereinbart haben und ihn damit abstrakt in Anspruch nehmen.

4. Sind die Verpflegungskosten (sog. Essengeld) auch von der Beitragsfreiheit erfasst?

Der gesetzliche Anspruch auf den unentgeltlichen Besuch einer Tageseinrichtung umfasst nicht die Verpflegungskosten. D.h., das sog. Essengeld ist grundsätzlich von den Erziehungsberechtigten zu zahlen, es sei denn, die Kommune gewährt eine Befreiung vom Essengeld.

5. Gilt die Beitragsfreiheit auch für Kindergärten freier Träger (wie z.B. in Trägerschaft von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden oder Elterninitiativen)?

Der Anspruch auf den beitragsfreien Besuch einer Tageseinrichtung für Kindergartenkinder ist nicht an bestimmte Einrichtungskonzepte bzw. bestimmte Träger von Kindertageseinrichtungen gebunden, da grundsätzlich das Wunsch- und Wahlrecht der Erziehungsberechtigten zu berücksichtigen ist.

Allerdings gilt der Anspruch nur für finanzhilfefähige Tageseinrichtungen (s. auch Nr. 1).

6. Gilt die Regelung auch für Kinderspielkreise?

Ja, sofern der Kinderspielkreis eine Finanzhilfe nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 KiTaG erhält.

7. Gilt die Regelung auch für Betriebskindertagesstätten?

Ja, sofern die Betriebskindertagesstätte eine finanzhilfefähige Tageseinrichtung ist (s. auch Nr. 1).

8. Haben auch Kinder, die ausschließlich oder ergänzend in Kindertagespflege betreut werden, einen Anspruch auf den beitragsfreien Besuch der Kindertagespflegestelle?

Der Anspruch auf eine beitragsfreie Betreuung für Kindergartenkinder (ab der Vollendung des dritten Lebensjahres bis zur Einschulung) gilt nur in Tageseinrichtungen. Die Grundlagen für den Anspruch auf Förderung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege sind bundesrechtlich im Achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII) geregelt. Nach § 24 Abs. 3 SGB VIII wird der Anspruch auf einen Kindergartenplatz ausschließlich in einer Tageseinrichtung erfüllt. Die Vermittlung einer Tagespflegestelle vermag den Rechtsanspruch nicht gleichrangig, sondern nur ausnahmsweise unter sehr engen Voraussetzungen zu erfüllen. Damit soll den örtlichen Trägern (Jugendämtern) die Möglichkeit eingeräumt werden, im Falle unvorhersehbarer Bedarfe, die selbst bei sorgfältiger Planung entstanden sind, handlungsfähig zu bleiben und eine Betreuung der Kinder anbieten zu können.

Die Regelungen im KiTaG sehen keine Beitragsfreiheit für Kindertagespflege vor. Dennoch steht es den örtlichen Trägern der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe (Jugendämter) frei, auch die Betreuung in Kindertagespflege beitragsfrei zu stellen. Im Rahmen eines Gesamtpaketes für die Stärkung der frühkindlichen Bildung und Betreuung in Niedersachsen plant die Landesregierung weitere Mittel zur Freistellung von Beiträgen in der Kindertagespflege zur Verfügung zu stellen.

9. Wird der Geschwisterrabatt weiterhin gewährt?

Sofern das Geschwisterkind selbst ebenfalls das dritte Lebensjahr vollendet hat und noch nicht die Schule besucht, sind auch für dieses Kind keine Elternbeiträge zu zahlen.

Darüber hinaus entscheiden wie bisher die Kommunen im Rahmen ihrer eigenen Zuständigkeit über die Regelungen zur Geschwisterermäßigung für Krippen- und Hortkinder.

10. Muss von den Erziehungsberechtigten ein Antrag auf unentgeltlichen Besuch des Kindergartens gestellt werden?

Für den unentgeltlichen Besuch einer Tageseinrichtung muss von den Erziehungsberechtigten kein Antrag gestellt werden. Die Landesregierung geht davon aus, dass die zuständigen Jugendämter darüber informieren werden, dass ab dem 01.08.2018 keine Elternbeiträge mehr gezahlt werden müssen, sofern die tägliche Betreuungszeit nicht mehr als acht Stunden beträgt (s. Nr. 3).

11. Ändert sich durch die Einführung der Beitragsfreiheit etwas am Umfang des Anspruchs auf einen Kindergartenplatz?

Nein, der in § 12 KiTaG niedergelegte Rechtsanspruch auf einen Platz im Kindergarten wird durch die Regelungen zur Beitragsfreiheit nicht berührt. Es bleibt also dabei, dass sich dieser Anspruch grundsätzlich auf die Gruppenarbeit am Vormittag bezieht, die an fünf Tagen in der Woche jeweils vier Zeitstunden umfasst. Soweit ein ausreichendes Angebot an Vormittagsplätzen nicht zur Verfügung steht, kann der Rechtsanspruch auch durch das Angebot eines Platzes in einer Nachmittagsgruppe eines Kindergartens oder in einem Kinderspielkreis erfüllt werden, wenn die Kinder in der Nachmittagsgruppe an fünf Tagen in der Woche in der Gruppe täglich mindestens vier Stunden oder in dem Kinderspielkreis, der sich außerhalb einer Kindertagesstätte befinden muss, wöchentlich mindestens 15 Stunden am Vormittag betreut werden.

Allerdings hat der Gesetzgeber auch festgelegt, dass die Öffnungs- und Betreuungszeiten der Kindertagesstätten dem Wohl der Kinder und den Belangen ihrer Erziehungsberechtigten Rechnung zu tragen haben. Zu diesem Zweck sollen auch Früh- und Spätdienste eingerichtet werden. Auch die Belange der Erziehungsberechtigten sind somit ein gewichtiger Faktor bei der Festlegung der Öffnungszeiten durch die Einrichtungsträger.

Des Weiteren ist in § 24 Abs. 3 Satz 2 SGB VIII festgeschrieben, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe darauf hinzuwirken haben, dass für Kindergartenkinder ein bedarfsgerechtes Angebot an Ganztagsplätzen zur Verfügung steht. Ein individueller Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz besteht indes auch künftig nicht.